

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/4775

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2005/2006
(Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2006)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/5094

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2005/2006 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2006)
(Drs. 15/4775)

hier: Landeserziehungsgeld abschaffen - Betreuung stärken!

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser, Christa Naaß, Franz Schindler u.a. SPD

Drs. 15/5095

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2005/2006 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2006)
(Drs. 15/4775)

hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre; Stellenhebungen für Lebensmittelkontrolleure zur Ausschöpfung der neuen Stellenobergrenze; neue Ausbildungsstellen für die Polizei; neue Stellen für Gerichte und Staatsanwaltschaften; Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In § 1 Nr. 2 Buchst. d wird im Art. 6 Abs. 14 Nr. 2 nach dem Buchst. h folgender Buchst. i eingefügt:
„i) Die Planstelle der BesGr B 3 Polizeipräsident/Polizeipräsidentin – als Leiter des Polizeipräsidentsiums Unterfranken – nach BesGr B 4.“

Die bisherigen Buchst. i bis k werden zu den Buchst. j bis l.

2. In § 3 Nr. 3 (Änderung der Anlage 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes – Bayerische Besoldungsordnungen) wird

- a) bei Buchst. b folgender Doppelbuchst. aa eingefügt:

„aa) ¹In der Besoldungsgruppe A 14 wird beim Amt „Beratungsrektor, Beratungsrektorin“ vor der Funktionsbezeichnung „–als Schulpsychologe an Förderschulen ²–“ die Funktionsbezeichnung „–als Leiter eines Praktikumsamtes an der Dienststelle des Ministerialbeauftragten–“ eingefügt.

²Die Fußnote 18 erhält folgende Fassung:

„¹⁸ Es werden insgesamt höchstens 68 Stellen für Beratungsrektoren
- als Systembetreuer an Realschulen, denen die Betreuung von mindestens 60 Computerarbeitsplätzen obliegt, oder
- als Leiter eines Praktikumsamtes beim Ministerialbeauftragten
in der Besoldungsgruppe A 14 ausgebracht.““

Die bisherigen Doppelbuchst. aa und bb werden zu den Doppelbuchst. bb und cc.

- b) bei Buchst. c Doppelbuchst. bb folgender Satz 2 eingefügt:
„²In der Besoldungsgruppe B 3 wird in der Funktionsbezeichnung des Amtes „Polizeipräsident, Polizeipräsidentin“ das Komma nach dem Wort „Schwaben“ und das Wort „Unterfranken“ gestrichen.“

Die bisherigen Sätze 2 bis 7 werden zu den Sätzen 3 bis 8.

- c) bei Buchst. c Doppelbuchst. cc Satz 2 hinter dem Wort „gestrichen“ die Worte „und hinter dem Wort „Oberbayern“ ein Komma sowie das Wort „Unterfranken“ angefügt“ eingefügt.
3. In § 3 Nr. 4 (Änderung des Anhangs zu den Besoldungsordnungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes - Teil 1 Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen in der Anlage 1) wird
- a) bei Buchst. a Satz 1 (Besoldungsgruppe B 2 kw) nach den Worten „,- einer früheren Bezirksfinanzdirektion -“ ein Komma und die Worte „,Vizepräsident/Vizepräsidentin des Landesamts für das Gesundheitswesen und für Lebensmittelsicherheit“ eingefügt.
- b) bei Buchst. b Satz 3 (Besoldungsgruppe B 3 kw) nach den Worten „,Präsident/Präsidentin des Geologischen Landesamts“ ein Komma und die Worte „,Präsident/Präsidentin einer Autobahndirektion“ eingefügt.
- c) bei Buchst. d (Besoldungsgruppe B 5 kw):
- aa) der bisherige Wortlaut Satz 1.
- bb) folgender Satz 2 angefügt: „²Nach dem Amt „Präsident/Präsidentin/Rektor/Rektorin der Universität Augsburg“ wird das Amt „Präsident/Präsidentin des Landesamts für das Gesundheitswesen und für Lebensmittelsicherheit“ eingefügt.“

Berichterstatter: **Robert Kiesel**
 Mitberichterstatter: **Dr. Heinz Kaiser**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/5094 und Drs. 15/5095 wurden dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/5094 und Drs. 15/5095 endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/5094 und Drs. 15/5095 in seiner 113. Sitzung am 05. April 2006 beraten.
 Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
- mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrages auf Drs. 15/5094 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrages auf Drs. 15/5095 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/5094 und Drs. 15/5095 in seiner 49. Sitzung am 06. April 2006 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrages auf Drs. 15/5094 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrages auf Drs. 15/5095 wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

Manfred Ach
 Vorsitzender